

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei Vorzahlung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühren betragen für die sechsgepaltene Beilagen oder deren Raum 60 Pfg., Verlagsanfragen, Arbeits- und Wohnungsvermittler 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr nachmittags, spätere vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Amliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 65.

Dienstag, den 18. März 1919.

26. Jahrgang.

Vor neuer Weltentscheidung.

Wieviele Deutsche sind sich eigentlich klar darüber, daß ihre Regierung binnen kurzem vor der schwersten, verantwortungsvollsten Entscheidung stehen wird, die vielleicht jemals in der Geschichte eine Regierung zu tragen hatte?

Die Öffentlichkeit, der die Tagesereignisse der nächsten Tage in die Ohren dröhnen, hat leichtsin die Untüchtigkeit der Regierung aufgenommen, daß sie vielleicht nicht in der Lage sein werde, den ihr von der Entente vorgelegten Friedensvertrag zu unterzeichnen. Was bedeutet aber die Nichtunterzeichnung? Sie bedeutet die Fortsetzung des friedlichen und vertraglichen Zustandes, in dem Europa nun schon das fünfte Jahr lebt, eine Art von Nachkrieg, wie sie die Geschichte bisher noch nicht kennt, von dem einen neuesten Beispiel abgesehen: dem Verhältnis Rußlands zu Deutschland.

Bekanntlich hat aber selbst Rußland den Preiser Friedensvertrag unterzeichnet, nachdem ihm das militärische Deutschland die Pistole auf die Brust gesetzt hatte. Nur daß aus diesem Vertrag kein wirklicher Frieden geworden ist. Die Entente stände im Fall der deutschen Nichtunterzeichnung vor der Wahl, entweder gleichfalls durch neuen militärischen Druck die Unterzeichnung zu erzwingen oder aber sich mit dem vertragslosen Zustand zufriedenzugeben in der Hoffnung, er würde für Deutschland drückender sein als für sie selbst.

Wir müssen uns vollständig klar darüber sein, was wir riskieren, wenn wir nicht unterzeichnen. Alle Hoffnung auf unseren wirtschaftlichen Wiederaufbau gründet sich auf die Wiederaufnahme der friedlichen Handelsbeziehungen zum Westen, dessen Kapitalismus — das dürfen wir uns nicht verhehlen — eine ungeheure Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit gegenüber den Kriegsergebnissen bewiesen hat. Mit dem kapitalistischen Westen ist ein umfangreicher Warenaustausch möglich, mit dem bolschewistischen Rußland nicht. Das Nichtzustandekommen neuer Verträge mit dem Westen würde uns aber wirtschaftspolitisch auf Rußland verweisen, und die während des ganzen Krieges von einer bestimmten Richtung gepredigte „östliche Orientierung“ würde in veränderter Form ihre Wiederauferstehung erleben.

Welche Wirkungen die dauernde Abschneidung von den westlichen Mächten und die politische Annäherung an Rußland haben würde, bedarf kaum längerer Ausführungen. Wichtiger ist die Frage, mit welcher Kraft dann die in Deutschland unvermeidlichen Ereignisse nach dem Westen hinüberwirken würden. Wir erinnern uns, welche maßliche Enttäuschung und Erbitterung es in Deutschland hervorrief, als sich herausstellte, daß der Frieden mit Rußland doch kein wirklicher Frieden gewesen war. Drüben im Westen ist all die Jahre lang der Frieden internationaler Weltgerechtigkeit und des Völkerbundes gepredigt worden: wenn nun der Entente-Imperialismus Deutschland einen so schamlosen Raub- und Gewaltfrieden vorlegt, daß nicht einmal ein dürftiges Friedenspapier alten Stils zustande kommen kann, geschweige denn ein Frieden von der Art wie ihn die besten Geister aller Länder erträumten — werden die Völker des Westens eine solche Tatsache mit dumpfer Gelassenheit hinhinnehmen oder wird nicht aus ihr eine neue Bewegung entspringen, die das Antlitz der Welt noch einmal gründlich verändert?

Es kommt noch das eine hinzu, daß die Arbeiter des kapitalistischen Westens auf dem Wege der sozialen Revolution hinter Deutschland weit zurück sind. Deutschland hat bisher nicht den leisesten Versuch gemacht, diesen Umstand in außenpolitischer Beziehung zu seinen Gunsten auszunutzen. Es überläßt es jedem Volke der Welt, auf seine Weise den Weg zur Freiheit zu suchen, und es steht in scharfem Gegensatz zu den Methoden Rußlands, das überall mit seinen Agenten und seinem Geld die Weltrevolution zu entzünden versucht. Die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages müßte auch in dieser Beziehung Deutschlands Politik von Grund aus umgestalten, denn Deutschlands Hoffnung, demnächst bald zu einem wirklichen Weltfrieden zu gelangen, könnte dann nur noch auf der Zuerstficht ruhen, daß auch im Westen, vor allem in Frankreich und England, alsbald tiefgreifende Veränderungen vor sich gehen würden. Deutschland wäre dann genau wie Rußland, gezwungen, aus Gründen der auswärtigen Politik mit der ganzen revolutionären Energie, die es im Leibe hat, über die Landesgrenzen hinauszudringen.

Das Zukunftsbild, das sich auf solche Weise entrollt, kann nur für Phantasten lochend sein. Wenn das Wohl der jetzt lebenden Generation auf dem Herzen liegt, der wird weniger steinige und blutige Wege in die Zukunft vorziehen. Leichtfertigerweise wird darum Deutschland die Möglichkeit, mit der Entente zu einem erträglichen Frieden zu kommen, nicht verhehlen. Aber wir müssen uns mit der Annahme vertraut machen, daß sie vielleicht schon zerstört ist durch wahrhaftige und verberberische Beschlüsse, die drüben gefaßt worden sind und dann wie ein gar nichts anderes übrig bleiben, als mit offenen Augen und in voller

Kenntnis der Konsequenzen den anderen, den schweren Weg zu gehen.

Wenn es wahr ist, was die Entente-Pressen über die drüben gefaßten Beschlüsse mitgeteilt hat, in denen die schamloseste Raubgier ihre Orgien feiert, dann kann keiner deutschen Regierung zugemutet werden, daß sie das Schriftstück, das man ihr — ohne eigentliche Verhandlungen — vorlegen will, unterzeichnet. Dann kann nur die Hoffnung bleiben, daß Deutschland durch feste Entschlossenheit den arbeitenden Völkern des Auslandes die Augen darüber öffnen wird, wie man sie betrogen hat. Aus der Ausländierung, der Erniedrigung, der Verelendung Deutschlands kann wohl einer Schicht ausländischer Kapitalisten neuer Profitquellen, den arbeitenden Völkern des Auslandes aber kein Gewinn erwachsen. Auch sie haben wie wir ein Interesse an einem gerechten Frieden, auf dessen Grundlose ihr friedlicher Aufstieg zu neuen Formen gesellschaftlichen Aufstiegs ermöglicht wird. Wird aber dieser Weg gewaltsam gesperrt, dann wird die Katastrophe unvermeidlich nicht nur für Deutschland, sondern auch für die ganze übrige Welt.

Mögen die Gegner nach in letzter Stunde bedenken, daß das Deutschland, das sie geschlagen haben, nicht mehr besteht und daß ein neues Deutschland entstanden ist, dem auch neue Abwehrmöglichkeiten innewohnen. Dieses neue Deutschland ist ehrlich bereit, auf Grundlage der 14 Punkte Wilsons mit der ganzen Welt einen Vertrag zu schließen, der ihm den dauernden Frieden verbürgt. Es ist aber auch, wenn es sein muß, gewillt, das Wort seines gegenwärtigen Führers „Lieber Entbehren als Entehrun!“ wahrzumachen und nicht mit den Waffen in der Hand aber mit den neuen Mitteln, die ihm seine Entwicklung an die Hand gibt, den Kampf um einen gerechten, dauernden Weltfrieden aufzunehmen.

Dies ist die große Entscheidung, vor der jetzt die Welt steht. Wir aber müssen bereit sein, uns auf die Möglichkeiten, die in ihr ruhen, geistig einzustellen mit allen Konsequenzen, die sich aus ihnen ergeben können. Dann hieße es, auf das Opfer der gegenwärtigen Generation das Glück der kommenden gründen. An den Gegner liegt es, den Weg der Weiden für alle Völker, auch die ihren, abzufürzen und jetzt schon die Bahn für die Gerechtigkeit zu öffnen, die einmal ja doch kommen muß!

Zum Lebensmittelabkommen

schreibt der „Vorwärts“: Zweifellos hat die Entente die Notlage Deutschlands sehr gründlich ausgenutzt, indem sie sich zu der Herausgabe der rollenden auch noch die stromenden Transportmittel Deutschlands her ausheben lassen. Uns bleibt jedoch nichts weiter übrig, als zu schweigen und auf die Bedingungen, die man uns stellt, mit dem fauchenden Wort zu antworten: „Du hast recht, vorzüglich wenn ich muß.“ Unsere Hoffnung können wir allein setzen auf einen späteren Sieg des Völkerbundes, der sich in der Vergangenheit, der weilt vor der Hand noch durch die Elendsgeschichte der Untertanen nieder gehalten wird, aber später als Reaktion auf diese eintreten wird und muß.

Währenddessen gilt es aber für uns, wenigstens das Gute für uns zu sichern, was uns das Ausland zuzuhilfen. Mit Ausnahme der ersten Sendung von 270.000 Tonnen übernimmt die Entente keine Lieferungsverpflichtung, sondern gestattet uns nur die Einfuhr. Wir müssen also das Ausland an der Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland interessieren; das können wir aber nur dadurch, daß wir eine dem Ausland erwünschte Gegenleistung als Zahlung in Aussicht stellen. Das Ausland will aber nicht unser entwertetes Papiergeld, sondern es verlangt Industrieprodukte, Kohlen, Katt, Maschinen usw. Also nur durch die Herstellung solcher Industrieartikel, für die das Ausland Lebensmittel vergibt, können wir erreichen, daß uns der biogen Einfuhrmöglichkeit, die uns die Entente garantiert, eine wirkliche Einfuhr wird.

Für uns gilt jetzt die Gleichung: Kohle ist Brot, Katt ist Fleisch, Maschinen sind Butter und Schmalz. Die Industriearbeiterschaft ist es, die — wenn auch indirekt — für Deutschland Brot, Katt und Speck erzeugen kann und muß. Industriearbeiterschaft ist jetzt Agrararbeitskraft!

Wie wir weiter erfahren, legt die erste garantierte Getreidesendung des Reichesvermittlungsbüros keine Wege zu Mehrleistungen in Stand. Die Protrationen werden selbst wenn die 270.000 Tonnen in Deutschland angelangt sind, die gleichen bleiben wie bisher, da die Sendung nur dazu dienen kann, die bisherige Protration sicherzustellen, denn ohne die garantierte Getreidelieferung hätte die Protration zweifellos schon in nächster Zeit heruntergelegt werden müssen. Ob später die Rationen erhöht werden können, wird davon abhängen, wie sich die weitere Einfuhr abwickeln wird. Gelingt es uns, alle Voraussetzungen zu erfüllen, dann wird sich später unsere Versorgung, insbesondere in Brot, Fleisch und Fett, günstiger gestalten. Bis dahin aber wird man gut tun, sich vor einem übertriebenen Optimismus zu hüten.

Ueber die bevorstehende Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln durch die Entente äußerte sich der Reichsvermittlungsbüro gegenüber folgendermaßen: Die Folge der uns von der Entente überlassenen Getreidemenge wird sein, daß ein besser ausgemähltes Mehl zur Verfeinerung kommen wird. Die Haushaltungen können dann nach Belieben dieses Mehl zum

Kochen oder Backen verwenden. Ob die Väter die Herstellung von Weißbrot gestattet werden wird, steht noch nicht fest. Die Verteilung wird so gehandhabt werden, daß die Bürger auf ihre Weisheit daselbstes Quantum wie bisher beziehen, und daß noch eine Zusatzmenge an Mehl oder Brot aus den von der Entente überlassenen Beständen durch Zusatzkarte zur Ausgabe gelangen wird. Der Preis für diese Zusatzmenge wird ziemlich hoch sein, da auch die Bezahlung an die Entente nicht gering ist. Bei der Verteilung der Lebensmittel kommen vor allem die Großstädte in Betracht. Von den 70.000 Tonnen Schmalz und Speck sind 30.000 Tonnen bereits in Paketen. Sobald die ganze Menge von 70.000 Tonnen in Deutschland eingetroffen sein wird, wird die Verteilung sofort vor sich gehen.

Pro Kopf werden dann 3 Pfund Schmalz und Speck ausgegeben werden können.

Das Mehlquantum über die Lebensmittel beginnt bereits. Es sehr man die schweren Bedingungen beurteilt, unter denen das Notwendigste zum Leben gesichert wird, so freut sich das ausgemergelte Volk, endlich einmal ein menschenwürdiges Dasein führen zu können. Nach einer unkontrollierten englischen Mitteilung wird Deutschland die ersten 300.000 Tonnen Lebensmittel innerhalb der nächsten 20 Tage von jezt ab erhalten. Die Hauptmenge dieser Lieferung wird Großbritannien abgeben, nämlich 20.000 Tonnen Schweinefleisch, 50.000 Tonnen Reis, 50.000 Tonnen Bohnen, 10.000 Tonnen verfeinertes Fett und 15.000 Tonnen Getreide. Frankreich wird 50.000 Tonnen Mehl und Amerika 25.000 Tonnen Getreide liefern. — Weiters Sachen, die das arbeitende Volk nur noch vom Herrensagen kennt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Thüringer Landtagswahlen.

Das nunmehr vorliegende Ergebnis der Landtagswahl in S.-Meinungen ist folgendes: Unsere Partei erhielt 72.295 Stimmen und 17 von den 42 Sitzen, die Unabhängigen haben 13.279 Stimmen und 4 Sitze, macht zusammen 21 Sitze und 90.574 Stimmen, während die vier bürgerlichen Parteien 88.494 Stimmen auf ihre Listen vereinigt haben und ebenfalls 21 Sitze im neuen Landtag erhalten.

Die Wahl in S.-Meinungen hat unserer Partei die Mehrheit gebracht mit 14 Mandaten und 42.316 Stimmen. Die Unabhängigen erzielten 7.556 Stimmen und 2 Sitze, die bürgerlichen Parteien zusammen 25.748 Stimmen und 8 Sitze.

In den Thüringer Kleinrenten haben nun die Landtagswahlen in sieben von den acht Staaten stattgefunden und in Schwarzburg-Rudolstadt wurde am 16. März gewählt, so daß die Vorarbeiten für den Einheitsstaat Thüringen in Angriff genommen werden können. Die Landtagswahlen in Thüringen ergaben eine starke sozialdemokratische Mehrheit, denn es haben gewählt 354.000 Wähler sozialdemokratisch und 258.000 bürgerlich! Auch Schwarzburg-Rudolstadt wird dazu eine sozialdemokratische Mehrheit erwirken. Die Entregung und Unterdrückung des werktätigen Volkes hat aufgehört.

Die Deutsche Tageszeitung als Freiheitschwärmerin.

Der „Deutschen Tageszeitung“ ist die Nachricht in die Glieder gefahren, daß unter den Geheimräten und noch höheren Beamten, die sich dem neuen Kurs widersetzen, ein großes Kuratieren bevorsteht. Sie jammert:

Das ist ein weiterer Beleg dafür, daß die Behauptung, die Revolution solle unter ganzem freien Geistes, ein bewußte Führung ist. Früher haben sich die radikalen Parteien ständig darüber beklagt, daß man bei der Beamten Besinnung sich nicht betriebe; sobald die Demokratie zur Macht gekommen ist, geht sie in brutaler Weise gegen Beamte vor, die nicht auf ihrem politischen Boden stehen. Dabei haben die monarchischen Regierungen in Deutschland „Reinhardt“ Beamten nach Möglichkeit ertragen, ja sogar wertgeschätzt; heute ist jeder Beamte, der seinen Laden nicht hinreichend vor den neuen Macht haben beugt in seiner Stellung gefährdet! Das diese neue Freiheit nicht nur über die höheren Beamten ihre Segnungen ausschütten wird, bedarf wohl kaum besonderer Hervorhebung.

Eine „berühmte Intervention“ liegt hier nur von Seiten der „Deutschen Tageszeitung“ vor. Es handelt sich hier keineswegs um jene Art Gefährdungsbücherei, wie sie allerdings gerade von den der „Deutschen Tageszeitung“ besonders nahe stehenden Kreisen vor der Revolution immer getrieben wurde — hat doch gerade die „Deutsche Tageszeitung“ stets den Standpunkt vertreten, daß republikanische Gesinnung ein hinreichender Grund zur Entlassung eines Beamten sei. Nein, es handelt sich hier um eine Ausbreitung der Elemente, die durch die Tat mit aktivem oppositionellen Widerstand bereit sind, daß die Anordnungen und Maßnahmen der höchsten Regierungsstellen zur Ausführung gelangen. Es handelt sich um jene Geheimräte, die meinen, sie könnten hinter dem Rücken sozialistischer Minister ruhig den alten Faden weiterspinnen und sich über deren Weisungen lustig machen und solche gibt es nicht wenige.

Tschechen und Polen.

Wie aus Wien gemeldet wird, ist dem tschecho-slowakischen Staat ein Geschenk gemacht worden. Der Generalstab der Entente-Armee hat Befehl gegeben, daß die gesamte Donaufließfahrt in Ungarn unter die Kontrolle der tschecho-slowakischen Staaten gestellt werde. Die Schiffe

nach Wehrburg zu bringen und der tschecho-slowakischen Regierung abzuliefern, und zwar mindestens 18 Motoren, 400 Schlepfer und alle Passagierdampfer.

Aus dem jüngsten Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spaen bringen wir den folgenden deutschen Protest zur Kenntnis:

Die deutsche Kommission hat Kenntnis erhalten, daß die Polen deutsche Kriegsgefangene in Schachol behandelten. Ihre Bekleidung, die zum Teil aus verdorbenem Fleisch besteht, ist gänzlich unzureichend. Die deutschen Kriegsgefangenen sind in engen, eisernen, unzureichenden Räumen untergebracht. Ihre Bekleidung besteht nur aus einem Bräutigang und Holzschuhen. Sie erhalten keine Decken. Selbst Ohrenschützer und Wollhandschuhe fehlen. Dazu wurde auch noch, um jeder Kultur Spott zu machen, die Willkürstrafe für die geringsten Vergehren eingeführt. Bei ihrer Gefangennahme wurde den deutschen Mannschaften ihr gesamtes Hab und Gut, selbst Hüden, Stroh, Handtücher, Hosen und Stiefel, sowie Kömme und Eise gestohlen. Die deutsche Kommission, welche den Allerten dieses unerhörte Vorgehen der Polen gegen deutsche Heeresangehörige zur Kenntnis brachte, erhob sofortigen Einspruch dagegen und ersuchte die Entente, bei der internationalen Kommission in Warschau nachdrücklichst Vernehmung einzulegen und für schnelle Abhilfe bemüht zu sein.

Bayrischer Landtag.

Der Landtag ist gestern voramtlich zusammengetreten. Die wichtigsten politischen und militärischen Sicherheitsmaßnahmen sind getrotzt worden. Der Eintritt in das Haus ist nur gegen Begleitpersonen gestattet. Für den Zutritt auf die Journalistentribüne bedarf es noch der Genehmigung durch den Alterspräsidenten. Die allgemeinen Tribünen sind vollständig geschlossen. Der stellvertretende Alterspräsident, Dr. Voglbrunner (S. Bp.), eröffnete die Sitzung. Das Haus trat dann in die Tagesordnung ein und wählte durch Zufall zum Ersten Präsidenten den bisherigen Präsidenten des provisorischen Nationalrates, Franz Schmitt (Wehr-Soz.), Johann zum Ersten Vizepräsidenten den Abg. Königshausen (S. Bp.), zum Zweiten Vizepräsidenten Dr. Hammerstein (D. Bp.). Sodann begann die Beratung des provisorischen Staatsgrundgesetzes. Abg. Speck (S. Bp.) erklärte im Namen seiner Partei, daß diese schwere Bedenken hege. Wenn sie trotzdem zustimme, so geschieht es nur unter dem Druck der überaus schwierigen politischen Lage.

Dem Landtage ist eine Anzahl von Gesetzentwürfen zugegangen, so ein Ermächtigungsgesetz, durch das u. a. der Regierung Vollmacht erteilt wird, die Verfassung und Verwaltung der Gebiete, Distrikte und Regierungskreise auf Grund eines umfassenden Selbstverwaltungsrechtes und der Verhältniswahl umzugestalten, die Bergwerke und die zur Ausübung der elektrischen Kraft geeigneten Wasserkräfte zu sozialisieren, das Arbeiter- und Angestelltenrecht, die Altersversicherung und den Arbeitsschutz im Rahmen des Rechtsrechtes in sozialer Hinsicht fortzubilden, das Heer sofort aufzulösen und auf der Grundlage des freiwilligen Volkstheeres neu aufzubauen, ferner eine Reihe sozialer Maßnahmen, die zur Hebung auf dem Gebiete des Wohnungswezens, durchzuführen. Ein weiterer Gesetzentwurf enthält die Aufhebung des Bayerischen Adels und verbietet allen Staatsbürgern, die Vererbung des Adels in anderen Staaten anzunehmen. Ferner ist ein Gesetz vorgelegen, durch das die Fideikommissverhältnisse in Stamm- und Hausgüter aufgehoben werden.

Arbeit für Handwerker!

Es ist eine wichtige und fruchtbringende Aufgabe innerhalb des Komplexes aller der Fragen, die mit dem Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens im Zusammenhang stehen, weiß eine beachtenswerte Zeitschrift unseres Frankfurter Parteiorgans hin. Es ist die Vollerhebung des Mittelstandes als, gegen den sich nicht die Konzentration so energisch ins Zeug legten. Wer kennt nicht die „Kanalarbeiter“, die ihrem Könige damals den Gehorsam verweigerten. Einige Jahre waren sie in Ungnade, saßen aus ihren Ämtern aus. Bald aber strahlte ihnen wieder die Sonne der landesrechtlichen Gnade, und sie stiegen schrittweise die Karriereleiter hinauf. Der Mittelstandler war dagegen. Es wäre zu begrüßen, wenn die Revolution hier ihre schnelle und produktive Arbeit leisten würde. Die Zeitschrift macht es völlig recht darauf aufmerksam, daß die Vollerhebung des Mittelstandes, d. h. die Herstellung des Verbindungsstückes zwischen dem Westen (Rheinland-Westfalen) und der Elbe (Magdeburg) einen doppelten Zweck erfüllen würden: Entlastung der Rheinländer — Arbeit für Handwerker. Deutschland hat vor dem Kriege für Arbeiter dieser Art Handwerker von Italien, Polen usw. ins Land rufen müssen. Heute verfügt es selbst über die nötigen Arbeitskräfte. Hier ist Gelegenheit, Arbeit zu tun und Werte für die deutsche Volkswirtschaft zu schaffen. Dabei ist selbstverständlich, daß alle gerechten Forderungen in Bezug auf Lohn, Unterkunft und Versorgung erfüllt werden.

Ueber die jüngsten Berliner Rämpfe

In zwei langen Sitzungen die preussische Landesversammlung verhandelt. Die Unabhängigen hatten zwei Anträge gestellt: Sie forderten die Aufhebung des Besiegerungslandes und die Einsetzung einer Untersuchungskommission, die sich selbständige Beweiserhebung und Jugendvernehmung Klarheit über die Vorgänge auf den Straßen Berlins seit dem 2. Märzaffen sollte. Die Unabhängigen selbst haben angegeben, daß diese Forderungen bewährter sind als die kommunistischen. Sie sind von dieser Beweiserhebung abgesehen, wie das die Kommunisten getan haben. Bis zum hoffentlich recht nahen Termin, an dem die öffentliche Ordnung gegen Angriffe dieser bewaffneten Herden unbedingt sichergestellt ist, bleibt deshalb der Besiegerungsbeschluss außer Kraft. Die Untersuchungskommission konnte nicht in der Art eingesetzt werden, wie die Unabhängigen wollten. Sie forderten eithürliche Aussagen zu vernehmen, darüber hat allein das Reich die Befugnis. Abg. Dr. Rosenfeld, der frühere preussische Justizminister, ist immer wieder darauf hingewiesen, daß die Landesversammlung in diesem Sinne — eine merkwürdige Befugnis — dem Reiche eines Unabhängigen! Die Untersuchungskommission ist einstimmig beschlossen, sie wird ihre Tätigkeit auch auf die übrigen Urteile außerhalb Berlins erstrecken.

Die Debatte in der Landesversammlung bezog sich im wesentlichen nicht um einzelne Feststellungen und Aufklärungen der Regierungstruppen. Darüber ist die gerichtliche Untersuchung bereits in vollem Gange, und die Schuldigen werden ihrer Strafe zugeführt werden. Die Auseinandersetzung galt vielmehr der politischen Mäßigkeit der Unabhängigen an dem Vorkriegsregime. Die Unabhängigen, die durch Joseph Hoffmann eine klare Linie und ihres Blickes vor der Gewalt aus der Straße bescheiden haben, haben den Streit in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken mit 300 gegen 5 Stimmen beschlossen, obwohl sie

mühten, daß dieser Streit Handen von Kindern, Greisen, Männern und Frauen den Tod bringen müßte. Die Unabhängigen boten das Meißer auf, um sich als die reinen Anführer des Kampfes zu stellen. Aber es konnten ihnen dagegen die Namen unabhängiger Funktionäre entgegengehalten werden, die an allen Ausschreitungen führend beteiligt gewesen sind. Dagegen treiben die unabhängigen Führer ihre Anhänger durch die Art ihres Auftretens und ihrer Agitation. Wird es dann ernst, halten sich die Führer zurück; geht es gut, wollen sie die Macht an sich reißen, und geht es schlecht, springen sie rasch vor und tragen ihre Verantwortung an. Natürlich fällt auf diesen Bemerkungen niemand mehr herein. Die Unabhängigen müssen es sich schon gefallen lassen, daß man sie künftig als Mithelfer ansieht, wenn sie ihre bisherige Politik gegenüber den Ausschreitungen fortsetzen.

Wirkung der Regierungstruppen.

Der größte Teil der Regierungstruppen wird in den nächsten Tagen aus Berlin zurückgezogen und in der weiteren Umgebung in Quartieren untergebracht werden. Die Meldungen über die ständige Erleichterung zahlreicher Angehöriger der Volksmarine Division bei der Aushebung der Kasernenverwaltung dieser Truppe in der Französischen Straße haben den Reichspräsidenten Ebert veranlaßt, beim Reichswehrminister vorstellig zu werden, daß eine sofortige gründliche Untersuchung der Angelegenheit erfolge. Ein geheimer Disziplinarbefehl, daß auch Leute zu erschießen seien, in deren Wohnungen Waffen gefunden wurden, ist nicht ergangen.

Neue Reichswehr-Vorschriften.

Die neue Reichswehr wird einheitlich uniformiert werden. Nur die Rangabzeichen werden verschieden sein. Auf Urlaub wird keine Waffe getragen. Nur im Dienst und auf dienstliche Veranlassung dürfen Schusswaffen getragen werden. Für alle Dienstgrade wird das kurze Infanteriekleingewehr eingeführt. Eine einseitige Gruppierung besteht nicht, jedoch haben Vorgesetzte und Untergebene die Pflicht, einander gegenseitig zu grüßen, wobei der Jüngere und im Dienstgrad niedrigerer dem Älteren zuvorkommen muß. Im Weichbild größerer Städte, an belebten öffentlichen Orten und innerhalb von Menschenansammlungen braucht nicht gegrüßt zu werden.

Frankreich.

Pariser Sozialistendemonstrationen. Die Sozialisten haben für den 25. den Tag des Beginns der Vorkriegsredeparaden, über 30 Versammlungen in Paris und dem Seine-Departement einberufen, in denen sie für einen gerechten und anexionstosen Frieden und für eine Völkerbrüderung demonstrieren wollen.

Schweden.

Fürsorge für deutsche Kinder. Laut „Stockholms Tidningen“ ist das schwedische Rote Kreuz damit beschäftigt, die Unterbringung nothleidender Kinder aus Deutschland, Oesterreich, Polen, Belgien und den Baltischen Provinzen in Schweden vorzubereiten. Man rechnet zunächst mit 700 Kindern, die im Laufe des April ermarlet werden. Die Vorverhandlungen mit den zuständigen Stellen in Deutschland und Oesterreich sind bereits im Gange. Außerdem plant das schwedische Rote Kreuz eine Sammlung von Leinwandstücken, um sie den deutschen Krankenhäusern zur Verfügung zu stellen.

England.

Der drohende Streik. Die „Weeky Dispatch“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Führer der Eisenbahner, Thomas, der eine sehr beunruhigende Schilderung von der Lage der Arbeiterbewegung in England gegeben habe. Die Führer der Arbeiterbewegung haben die Arbeiter vollständig aus der Hand verloren. Wenn die Berg- und Eisenbahner am Freitag den Streik beschließen werden, können die Führer nichts dagegen tun. Die Lage ist um so schwieriger, da die Arbeiter, wenn es erst einmal zum Ausbruch kommt, nicht eher nachgeben werden, bis sie ihre Forderungen auf das Letzte durchgesetzt haben.

Die Aufhebung der Fideikommission.

Die preussische Regierung hat eine Verordnung veröffentlicht, die praktisch das Ende der Fideikommission bedeutet. Die unabhängige „Freiheit“, die alle Regierungshandlungen schlecht findet, seitdem die Unabhängigen selber nicht mehr in der Regierung sind, bezeichnet das Vorgehen der Regierung als „unter den heutigen Verhältnissen absolut reaktionär“. Es werde eine menschlicher liberaler, aber keine sozialistische Forderung verwirklicht. Die Aufhebung der Fideikommission liege in keiner Weise im Interesse der Allgemeinheit, das nach einer Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung verlange. Diese Ausführungen kennzeichnen die Ahnungslosigkeit, mit der in der „Freiheit“ agrarische Fragen erörtert werden. Offenbar ist dem Theoretiker der „Freiheit“ gänzlich unbekannt, daß die Fideikommission bisher, was die landwirtschaftliche Produktion anbelangt, hinter allen andern landwirtschaftlichen Betriebsarten zurückblieb. Das hat seine guten Gründe. Da ein Fideikommissbesitzer nicht veräußert werden konnte, auch nicht im Wege der Zwangsversteigerung, so war es dem Besitzer unmöglich, sich irgendwelchen Hypothekendarlehen zu verschaffen. Die Folge davon war, daß das Inventar der Fideikommissgüter, Gebäude, Vieh, Maschinen u. m. oft in gar keinem Verhältnis zu der Größe der Anbaufläche stand, sondern viel zu gering dafür war. Infolgedessen blieb die Produktion weit hinter dem zurück, was hätte geleistet werden können.

Durch die Aufhebung der Fideikommissgüter wird die Produktion unter allen Umständen eine Steigerung erfahren. Wenn die „Freiheit“ die nächste Leistungsjährigen der landwirtschaftlichen Produktion nur beim Großgrundbesitz sieht, so irrt sie auch für den nicht gebundenen Großgrundbesitz keineswegs ohne Grund an. Die höhere Leistungsfähigkeit des Großgrundbesitzes erstreckt sich nur auf gewisse Zweige der Landwirtschaft, wie den Getreidebau; in der Viehhaltung hat sich bisher der bäuerliche Besitz weit überlegen gezeigt. Es ist gerührt zu bezweifeln, daß der Siedlungsgebanke in den Massen, auch in den hinter der „Freiheit“ stehenden, zur Zeit ganz außerordentlich populär ist. Die städtische Lebensweise hat manchem Industriearbeiter ländlicher Abstammung den Gedanken einer Rückwanderung aus dem Land nahegelegt. Zudem besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß unsere Industrie überhaupt nicht mehr in der Lage sein wird, die ganze Masse der früheren Industriearbeiter zu ernähren. Auch unter den Kriegschadigten und Kriegsteilnehmern hat der Siedlungsgebanke ungeheuren Anklang gefunden. Allen diesen wäre gern die Heimkehr gewährt, wenn man die Fideikommissgüter un-

zerteilt bestehen ließe. Sie lehnen sich nach ihrem Häuschen und ihrer eigenen Scholle und lassen von diesem Berechnen auch deswegen nicht ab, weil die „Freiheit“ solche Wünsche als reaktionär bezeichnet.

Das neue Prinzip der deutschen Wirtschaft.

Von H. Wisseil, M. d. R.

In den letzten Sozialwissenschaftlichen, die namentlich in der Nationalversammlung verabschiedet sind, wird für die Bezeichnung des in diesen Gesetzen zum Ausdruck kommenden neuen Prinzips der deutschen Volkswirtschaft das Wort Gemeinwirtschaft gebraucht. Dies Wort ist bisher nur wenig gebraucht worden und doch klingt es unserm Ohr überaus vertraut. Es wird sicher bald zum allgemeinen Sprachgebrauch des Volkes geworden sein. In diesem Ausdruck Gemeinwirtschaft liegt das Bekenntnis, daß sich auch auf wirtschaftlichem Gebiete die Einzelinteressen den sozialen Interessen, denen der Gesamtheit unterzuordnen haben. Wir haben im Kriege ja in ungezählten Fällen das echte, den ganzen Menschen erfüllende Bekenntnis zur Pflicht der Gesamtheit gegenüber erlebt und mit dem Tode besiegelt gesehen. Die Wehrung des Allgemeinwohls stand unzähligen Menschen als höchstes Pflichtgebot vor Augen. Auch nicht eine Spur von Egoismus machte sich geltend. Bei vielen, vielen Tausenden bis zum letzten Tage des Krieges. Sie boten ihr selbst, ihr Leben, der Gesamtheit dar. Doch gerade der Krieg hat auch vielfach die Liebe zur Pflicht gegenüber der Gesamtheit vernichtet. Man hat gemeint, durch Gewinn- und Preisanziehung die Erfüllung der Pflichten, die dem Volke gegenüber zu erfüllen waren, verstärken zu müssen. Gerade auf wirtschaftlichem Gebiete, gerade bei denen, die nicht in die Lage kamen, ihr Leben zum Schutze des Volkes darzubieten zu müssen. Durch die Förderung der Eigenliebe ist das Bekenntnis zur Pflicht, die der einzelne allen gegenüber zu erfüllen hat, geradezu gelockert worden.

Immerhin ist in unzähligen Hirnen und Herzen als feste Ueberzeugung eingedrungen, daß das Einzelinteresse sich den Gemeininteressen unterordnen müsse. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Dort, wo die Privatinteressen bisher ausschließlich für die Befriedigung des Wirtschaftslebens maßgebend waren.

Diese organische Einordnung der einzelnen wirtschaftlichen Unternehmen in die Gesamtwirtschaft des Reiches, die Unterordnung der privatrechtlichen Interessen unter die Interessen des ganzen Volkes ist das, was mit dem Ausdruck Gemeinwirtschaft bezeichnet werden soll. Damit soll keine Schablonierung der Wirtschaft erfolgen. Eine solche wäre verhängnisvoll. Die Anwendung des allgemeinen Prinzips der Unterordnung der Einzelinteressen unter die Gemeininteressen des Ganzen muß sich den individuellen Verhältnissen der verschiedenen Wirtschaftsbereiche anpassen. Jede Wirtschaftspraxis ist ein Organismus eigener Art, der nach seinen Bedürfnissen angepassten Formen verlangt.

Gemeinwirtschaft bedeutet auch nicht schlichte Staatswirtschaft. Der Staat ist nur in Ausnahmefällen ein geeigneter Träger der Wirtschaft. Im allgemeinen soll er nur der oberste Sachwalter der Volksgemeinschaft sein, die oberste Aufsicht über die Gemeinwirtschaft führen, Interessengegenstände mit Weisheit und Gerechtigkeit ausgleichen. Er soll jedoch mit seinen starren Formen, mit seinen zwar ehrlichen, aber doch recht oft ungeschickten Händen nicht in den feinen Organismus unserer Wirtschaft eingreifen. Er kann das geschäftliche Handeln innerhalb des Rahmens der im Interesse des Volksganzen gebotenen Notwendigkeiten den überlassen, die durch ihre Zugehörigkeit zu dem betreffenden Wirtschaftszweige Verständnis für die Bedürfnisse desselben besitzen. Bei diesen wird auch das Gefühl der Verantwortlichkeit für das Gelingen dieses Wirtschaftszweiges, das ihrem eigenen Interesse entspricht, maßgebend werden. Zu diesen Beteiligten gehören natürlich auch Arbeiter. Ihre Heranziehung ist dringend erforderlich, wenn sie wieder innere Befriedigung für wirtschaftliche Betätigung gewinnen sollen. In der Idee einer neuen Wirtschaftsform sieht ja die große Masse des Volkes die Befreiung aus dem wirtschaftlichen Druck, unter dem sie bisher stand. Das sind heftige Strömungen, die durch die Erfahrungen des Krieges ganz besonders verstärkt worden sind. Ihre Befriedigung wird auch unser Wirtschaftsleben in die Bahn einer ruhigen Entwicklung zurückführen. Nur auf einer solchen kann das Allgemeinwohl und damit auch das jedes Einzelnen gedeihen. Nur auf diesem Wege kommen wir zu einer höheren Wirtschaftsordnung, der deutschen Gemeinwirtschaft.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 18. März.

Eine Erziehung zur Verordnung der Erwerbslosenfürsorge. Wie von zuständiger Seite verlautet, wird in den nächsten Tagen eine Novelle zur Verordnung der Erwerbslosenfürsorge im R. G. Bl. veröffentlicht werden, die neben der Regelung mehrerer in der praktischen Durchführung auftretender Streitfragen neue Bestimmungen enthält. Um den Erwerbslosen den Entschluß, außerhalb ihres bisherigen Wohnortes Arbeit anzunehmen, zu erleichtern, erhalten sie nicht nur, wie bisher, freie Fahrt für sich selbst, sondern auch für die Familienangehörigen, die in den Beschäftigungsort mitreisen oder nachreisen, außerdem noch eine angemessene Beihilfe zu den Reisekosten für sich und die Familienangehörigen. Auch kann die Gemeinde des bisherigen Wohnortes eine Beihilfe zu den Kosten der Beförderung des Umzuges gemähren. Eine weitere, nicht unwichtige Bestimmung geht dahin, daß für Orte, in denen die bisher vorgeschriebenen Höchstätze für Unterstützung, gemäß der Sozialklasseneinteilung in einem Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung stehen, die Landeszentralbehörden eine Erhöhung dieser Höchstätze bis zum 1. April des nächsten Jahres, jedoch nicht über die Höchstätze der Klasse A. d. I. 6. M., hinaus vornehmen können. — Man darf wohl die bestimmte Erwartung aussprechen, daß eine Herabsetzung der Unterstützungssätze nicht erfolgen wird.

Die Kündigungsschutz für Schwerbeschädigte verlängert. Durch Verordnung vom 1. Februar 1919 hat das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung verfügt, daß Schwerbeschädigte frühestens zum 15. März gekündigt werden darf. Diese Frist ist durch eine neue Verordnung bis zum 15. April verlängert worden.

Aus dem unbesetzten Deutschland können nunmehr nach Osten in der britischen und in der belgischen Zone der besetzten deutschen Rheingebiete Schulbücher in Paketen und in Druckfahrendungen mit der Post befördert werden. Solche Sendungen dürfen keine schriftlichen Mitteilungen enthalten und müssen, wenn sie nach der britischen Zone gerichtet sind, einen farbigen Zettel mit dem Aufdruck „Bücher“ und, wenn sie nach der belgischen Zone gerichtet sind, einen rötlichen Zettel mit dem Aufdruck „Bücher“ mit dem gleichen Aufdruck tragen. Im übrigen gelten die für den Postverkehr mit den betreffenden Besatzungszonen ergangenen allgemeinen Bestimmungen.

Reichs-Organisation der Kriegshinterbliebenen! Wie uns mitgeteilt wird, hat der Reichshund der Kriegschadigten ehemal. Kriegsteilnehmer sich Berlin (Ordnungs-Übend) bereits vor 2 Monaten in einer Sonderabteilung auch für die Kriegshinterbliebenen eine Organisation ins Leben gerufen, deren Mitglieder ca. 10 000 beträgt. Wie der Name Reichshund schon sagt, erstreckt sich diese Organisation über das ganze Reich und vertritt die Interessen aller Kriegshinterbliebenen. Im folgenden verweisen wir auf die am Donnerstag, dem 20. ds., abends 7 1/2 Uhr im Restaurant Hohenzollern, obere Hofstraße, stattfindende Versammlung der Kriegshinterbliebenen Lübeck, wo über Zweck und Ziele dieser Organisation gesprochen wird. Wir können jedem Kriegshinterbliebenen den Besuch dieser Versammlung empfehlen.

So lange der
Vorrat reicht!

Besonders billige Bücher

So lange der
Vorrat reicht!

Restauflagen, Neuauflagen, antiquarische Werte, Gelegenheitskäufe.

Verbandsbibliothek jeder Band in
einem Heft, früher 2,00, jetzt nur **1,65**

Schopenhauer als Vorbilder
vom Grafen Herm. Keyserling.

Welt, Volk und Ich von Graf Ernst zu
Reventlow.

Deutschum und Erziehung. Ein Buch
vom
deutschen Gewissen von Konrad Mas.

Die Geburt der Musik von Willy Pastor.
Eine Kulturstudie.

Altgermanische Monumentalkunst
von Willy Pastor, mit 26 Tafeln von Emma
Pastor.

Zwischen vierzehn und achtzehn
von Richard Nordhausen.

Die fett- und fleischlose Küche
Leicht feine Anleitung zur vortheil-
haften Zubereitung von Speisen jeder
Art für einfache und feinere
Küchen, elegant formatiert
Preis nur **50.**

Die Kunst unserer Zeit
Eine Chronik des modernen Kunstlebens.
Sechste Heft mit
ca. 6 Kunstbeilagen **95.**

Lustige Bücher. Eine Sammlung reissender Bücher mit
Illustrirte 2.-Mk.-Bände **1,80**
für nur 1 Mk.

Roda Roda. Die verfolgte Unschuld.
Mit farbigen Bildern
von W. Trier.

Paul Schiller. So steht Du mir.
Erlebte Geschichten.
Buntes Titelbild von E. Hellmann.

Hans Brenner. Summel u. andere
Geschichten. Titel-
bild von E. Hellmann.

Paul Schiller. Auf der Alm da gibt's
in Lind. Sommer-
liche-Geschichten. Titelbild von E.
Hellmann.

Sanny Rheinen. Theaterstud.
Quintessenz aus dem
Mühenleben. Buntes Titelbild von
Raphael Kirchner.

Paul Schiller. Das Gift im Weibe.
Seltene Geschichten.
Bilderdruck u. Titelb. v. J. Mammern.

Hans v. Kahlenberg. Verlebte
Geschichten.
Illustr. Buntes Titelbild u. Jourd.

Oscar Plumenthal. Lebensschönheit.
Seltene Gesch.
Buntes Titelbild von Wennberg.

Hans v. Kahlenberg. Rote
Kofen.

Das Mysterium der Liebe.
Eilhouetten aus zwei Welten v. Jonoh.
Frhr. v. Reitzensfeld. Illustr. von
G. v. Finott. Titelbild u. E. Hellmann.

Der Ruh der Cassata und andere
Geschichten
u. Karl Escher. Anpreisliche Geschichten
von verlebten Deuten. Illustr. und
buntes Titelbild von L. Ehrenberger.

Der Dymnithund. Die
möglichstesten
von Hans Zeitström. Illustr. und
buntes Titelbild von E. Schwab.

Kreuzzug der Liebe von Melanie
Spielmann.
Illustr. und buntes Titelbild von
Lutz Ehrenberger.

Sepchen. Humoresken von Gustav
Hochstetter. Ill. u. bunt.
Titelbild von G. v. Finott.

Marinefekt. Seemannsgeschichten
von Victor Laverenz.
Bunt. Titelbild von E. Hellmann.

Die Schönen v. Baden-Baden.
Seltene Badegeschichten von Herm.
Bouton. Illustr. und Titelzeichnung
von Lutz Ehrenberger.

Meistererzähler der Weltliteratur 295
in eleg. Geschenkband . . . a Stück

Zur Neujahrszeit im Pfarrhof zu Möbdeß
und meine Frau und ich von Scharling.

Der Fürst von Naphthali von Croly.

Die Marquise von Pompadour
Roman von Mabel Wagners.

Cousine Bettie von Honora de Balzac.

Jerusalem Roman von Selma Lagerlöf.

Friedemann Bach A. E. Brachvogel.
Roman von

Miraja Ein nordischer Roman von
Theodor Mügge.

Aufstehung Roman v. Graf Leo Tolstoj.

Das Zimmer-Aquarium Eine
Anleitung über Beschaffung und Einrich-
tung desselben auf möglichst billigem
Wege mit besonderer Be-
rücksichtigung der Fischzucht.
Preis nur **95.**

**Internationale Kunst-
ausstellung Berlin 1896**
Eine Mappe mit ca. 6 Voll-
bildern u. vielen Textillustrat. **95.**

Rudolph Karstadt Kommandit-Gesellschaft Lübeck

Brennholz Tannen - Buchen

in Kloben, gefügt und zerkleinert, bieten an

Piehl & Fehling
Kohlen-Abteilung. Mühlenstraße 48.
10724 Fernsprecher 1053.

Öffentliche Versteigerung

des besseren Geschäftsinventars „Reysenring“, No. 18, am Arctica, dem 21. d. Mts., morgens 9 Uhr
beginnend auf Order des Hausbesizers, als:

6 Sofas mit Rosenplisch, 1 Billard mit Tischreittafel,
5 Kuchel, Regal um. also komplett, 1 Schänkestrahl
und Zandank, etwa 18 verschiedene Tische, dabei 1 runder
Stammtisch, 24 eiserne Gartenstühle, etwa 50 Wiener
Stühle, 6 Stühle, etwa 100 eiserne Gartenstühle, 1 Wand-
2 Garderobenschrank, 20 Garderobenhaken, 2 Wand-
uhren, etwa 50 Wirtschaftstische, 5 Gasöfen, etwa
20 Stück Gaslampen und Gasarme, 12 Servierbretter,
mehrere Nach Gardinen, Vorhänge, Lambrequins, 2 Sag-
Regel, 9 Kesselwagen, 3 Spiegel, 1 Bock, Schirmhalter,
Zigarrenabstreifer, Weinflascher, 6 Würfelbecher, 1 eiser-
ner Ofen, 1 Waage, 1 Bierdruckapparat für Kohlen-
säure für 2 Anstiche, komplett, 1 Aufwache u. c. m. -
Ferner das gesamte Geschir an Tassen, Teller, Platten,
Schüsseln, Kaffeelassen, Milchbüchsen, Zuckerschalen, Tafel-
messer, Löffel, Messer und Gabeln usw. - Die sämt-
lichen Glas- und Gläser aller Art wie Tassen, Seidel,
Wein-, Punch-, Sekt-, Wein-, Tee-, Schnaps- usw.
Beschichtigung und Kaufaufträge am Donnerstag nachmit-
tags von 4-6 Uhr. 10711

Heinrich F. W. Koch,
polizei. angehefter B. Versteigerer. Fernspr. 1050 u. 1850.
Komor und Geschäftshaus Madesgrube 9.

Kriegshinterbliebene!

Wollt Ihr Eure Rechte vertreten haben?

So besucht die am Donnerstag, dem 20. ds. Mts., abends 7 1/2 Uhr
im Restaurant Hohenzollern, obere Hügelstraße, von der Sektion der
Kriegshinterbliebenen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehe-
maligen Kriegsteilnehmer (Ortsgruppe Lübeck) einberufene

Öffentl. Versammlung aller Kriegshinterbliebenen
Lübeck, Sektion der Kriegshinterbliebenen des Reichsbundes der Kriegsbe-
schädigten und ehemal. Kriegsteilnehmer (Sitz Berlin) Ortsgruppe Lübeck.

Die Flaschenpreise haben wieder eine bedeutende Er-
höhung erfahren; wir bitten daher unsere Abnehmer um
größtmöglichen Schutz unserer Eigentumsflaschen.

Nicht zurückgelieferte Flaschen werden zum Tages-
preis mit 50 Pfg. pro Stück berechnet.

Von einer Erhöhung des Flaschenpreises nehmen
wir vorerst Abstand, müssen uns jedoch eine solche gege-
benfalls vorbehalten. 10735

Bereitigung der Mineralwasserfabrikanten u. Sädes u. Umg.

Deutscher Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung der Bauhelfer
am Mittwoch, dem 19. März, abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Wahl der Branchenleitung.
2. Stellungnahme zum Lohn tarif.
3. Sonstige Berufsangelegenheiten.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines
jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen. 10746

Sozialdemokratisch. Verein.
Mittwoch, 19. März, abends 7 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung
im Konzerthaus Fünfhausen.

Tagesordnung:
1. Weimar. Referent Genosse Stelling, Mit-
glied der National-Versammlung.
2. Innere Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand. 10749

Kaufe nur Mittwoch 19. März
von 3-7 Uhr im Zentral-
Hotel, Zimmer 18, I. Stg.

alte Gebisse
pro Zahn bis 1, 3 und 6 Mt.
Goldgebisse bis 200 Mt. (10721)
Wahrn wo Stamm 12 Mt.

Moderne Schmuckstücke
Trauringe
in verschiedenen Preislagen
Johs. Tollgreve, Goldschmied
10763: 92 Königstraße 92.

Deutscher
Holzarbeiter - Verband.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 19. März
abends 7 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
1. Bericht vom Sonntag zu Ham-
burg.
2. Bekanntgabe der Wahlen zum
Verbandsrat und Gewer-
schafts-Kongress.
3. Verschiedenes.
Nach Schluß dieser Versamm-
lung findet eine
**Kranke-Unterstützungs-
tassen-Versammlung**
statt.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal
1918.
2. Jahresbericht.
3. Wahlh.
10716) Die Lokalverwaltung.

Friedrichshof.
Mittwoch:
Zanzänchen.
10713) Aug. Busch.

Unabh. Sozial. Parte

Zahlstelle Schlutup.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 19. März
abends 7 1/2 Uhr

im Lokale von A. Saborowski
(Gasthof zur Linde) in Schlutup

Tages-Ordnung:
1. Vortrag, betr. Parteilos-
2. Verschiedenes.
Aufnahme neuer Mitglieder
baldmöglichst.

10731) Der Vorstand.

Hansa-Theater.

Mittwoch, abends 7 Uhr:

Die tolle Komtesse.

Operette v. Walter Kollo.
Donnerstag: Zum ersten Male
„Hannerl“. (10719)

(Das Dreimäderlhaus II. Teil)
Musik von Franz Schubert.
Freitag „Hannerl“.

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19. 10702

Dienstag, den 18. März:
29. Vorstellung im Dienstag-
Abonnement.

Waldfrieden.

I. Klasse.

Medaille.

3 Einakter v. Ludwig Thoma

Mittwoch, den 19. März:
Die verkaufte Braut.

Donnerstag, den 20. März
Schauspielgemeinde.
Grüne Karten.

Zwischenspiel.

Abends 8 Uhr im grünen
Saal:
Einführender Vortrag zur
Oper „Isebill“
mit musikalischen Er-
läuterungen.
Eintritt Mk. 1.-

Freitag, den 21. März:
Außer Abonnement.
Zum ersten Male:
Isebill.

10713) Aug. Busch.



Jeden Montag
Lustige Blätter

Einzelnummer 50 Pf
Vierteljährlich 6.- Mk
Probenummer 50 Pf

Verlag der „Lustigen Blätter“ in Berlin-570, 62.

KOLO SSEUM.

Mittwoch, dem 19. März:

Großer Ball.

Anfang 6 Uhr. (10732) Heinrich Ohde.

Dilettanten-Klub „Freiheit“.

Großer Ball

mit Überraschungen
am Sonntag, dem 22. März 1919
in den Central-Hallen.

Anfang 6 Uhr. (10732) Harter 159 Mk. Damm 1 Mk. 10749

Versammlung der Lübecker Bürgerschaft.

L. Lübeck, 17. März.
Wortführer P. Löwig.

Beginn 6,15 Uhr.
Eingegangen ist ein Bericht über die finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung von Travemünde, ferner eine Eingabe des Kellnerbundes, der um Erhaltung seines paritätischen Arbeitsnachweises ersucht.

1. Antrag: Erhöhung des Staatszuschusses für die Dr. Reimannsche Privatschule und das Privatgymnasium am Falkenplatz.
Henschen (Soz.) erklärt, obwohl die Sozialdemokraten gegen die Privatschulen seien, bewilligten sie diese Mittel unter den heutigen Umständen. Er tritt aber für die Einheitschule ein, die den Klassenbündel ausrötte. Notwendig sei die sofortige Herstellung der verschiedenen Schulen, die für das Militär verwendet würden. Auch die Schulen, die jetzt für Wohnungszwecke gebraucht werden, müßten Oftern 1920 wieder ihren Zwecken dienstbar gemacht werden.

Vom Senatsstische wird betont, daß man nicht genau wissen könne, wann die Einheitschule ins Leben trete. Alle Schulen sollen so bald als möglich wieder hergerichtet werden. Der Senatsantrag wird angenommen.

2. Antrag: Erhöhung des Staatszuschusses für die kaufmännische Fortbildungsschule für das Rechnungsjahr 1918.

3. Antrag: Staatszuschuß für die Frauengewerbeschule für das Rechnungsjahr 1918.
Werden genehmigt.

4. Antrag: Schaffung von vier weiteren Stellen für Fachlehrer an der Gewerbe- und Baugewerkschule.
Koschanski (Dem.) wünscht vorzüglich Fach- und keine Volksschullehrer angeheilt.

Planthaler (Soz.) tritt für mögliche Verbindung von Baugewerkschule mit der Maschinen- und Seefahrtsschule ein. Der Senatsantrag wird angenommen.

5. Antrag: Beihilfe an den Verein Deutscher Beschafter.

6. Antrag: Erdarbeiten für den Krempeisdorfer Volkspark.
Heise (Dem.) begründet diese Notstandsarbeit und wünscht im Volkspark Krempeisdorf die Errichtung eines Turn- und Sportplatzes. Die Pflanzarbeiten sollte hier herangezogen werden. Senator Evers: Hier sind nur Verbesserungen, aber keine Neuerungen vorgesehen.

Der Senatsantrag wird angenommen.

7. Antrag: Erhöhung der Beihilfen an den Lübecker gemeinnützigen Bauverein für den Betrieb des Warmbrausebades.
Wird angenommen.

8. Antrag: Schaffung einer neuen Poststelle.

Sageflein (Soz.) bringt Beschwerden über das Postamt vor. Ein Motorboot des Kommandeurs werde von ihm und Senator Evers zur Jagd benutzt, obwohl das Petroleum sehr knapp sei. Auch sei das Postamt mit nicht erforderlichen Kräften besetzt. Das Schreibfräulein werde zu privaten Schreibarbeiten gebraucht. Die Strafen für Signalverstöße seien vielfach zu hart. Redner bringt einige Beweise über schroffe Behandlung vor. Der Postkommandeur habe während des Krieges stets mit dem roten Zettel gedroht.

Senator Evers wird die Beschwerden weitergeben. Die verschärfte Strafen seien nach reiflicher Erwägung festgestellt.

Dr. Wittern (Dtsch.) tritt der Verwendung von Staatsmitteln zu Privatzielen entgegen. Auch bei den Automobilen des A- und S-Rates handle es sich um einen gleichen Fall. Eine Prüfung dieser Fälle sei notwendig. Bis er sei noch kein Senator im Staatsautomobil vor das Rathaus gefahren.

Mehrlein (Soz.): Wir scheuen eine Debatte über diese Dinge nicht, finden sie aber jetzt nicht an der Stelle. Sie sollten dem A- und S-Rat danksbar sein, daß er bis jetzt die Ruhe und Ordnung aufrecht erhielt. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Bei einer anderen Zufammenkunft wäre es wahrscheinlich anders gekommen. Die Autofahrten sind im allgemeinen Interesse notwendig gewesen. Bei Herrn Dr. Wittern holen wir keinen Rat darüber, was wir machen sollen. Redner kritisiert ferner, daß in der Behörde für Travemünde kein Einwohner der Minderbemittelten von Travemünde sitzt und wird einen diesbezüglichen Antrag beim Budget stellen.

Haut (Soz.) spricht sich über den A- und S-Rat im gleichen Sinne aus. Es sei auch bei den Autofahrten nichts geschähen, was nicht im Interesse der Allgemeinheit gelegen habe.

Dr. Wittern (Dtsch.) erklärt, daß er die Aufregung nicht verstehe. Er werde auch neuen Gewalten gegenüber keine Kritik scheuen.

Der Senatsantrag wird angenommen.

9. Antrag: Mittel zur Gehaltserhöhung der Mitglieder des Orchesters des Vereins der Musikfreunde.

Bromme (Soz.) bezeichnet die bisherige Entlohnung der Orchestermitglieder als ungenügend. Er erwartet, daß die Volkstanzerte zünftig auch im Gewerblichshaus stattfinden, das dem Vorstande des Vereins der Musikfreunde allerdings nicht komparativ zu sein scheint. Der Verein habe für Lübecks Kunstleben wohl viel getan, auch tüchtige Dirigenten herangeholt, aber Dr. Gähler in schäbiger Weise enternet. Neulich sei ja auch mit Krüschold feinerzeit verfahren worden. Dabei handle es sich um einen ganz außerordentlich tüchtigen Musiker. In Zukunft werde man ein derartiges Vorgehen einflußreicher Claqueen nicht mehr dulden. Der Antrag auf Verstaatlichung des Orchesters wäre auch von jener Fraktion zu beizunehmen. Zeit erfolgt.

Baueis (Dem.) tritt für das Orchester ein.

Ambrassius (Dem.) wünscht die Kasse-Konzerte auch für andere Kreise einzuführen als nur ausschließlich für Arbeiter. Vom Senatsstische wird erklärt, daß jeder Eintrittskarten kaufen könne.

Der Senatsantrag wird angenommen.

10. Antrag: Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1918.

Senator H. Evers erklärt, daß im Kriege der Haushaltsplan nur auf unklarer Grundlage aufgestellt werden können. Die Einnahmen in Lübeck seien während des Krieges infolge des guten Wirtschaftens ausständig gewesen. Aus Ansehungsmitteln werde noch bestritten die Kriegsunterstützung und die Erwerbslosenunterstützung, die bis zum 14. März 654 354 Mk. erforderlich. Auch die Beihilfe für Bauten werden aus Ansehungsmitteln gezahlt. Mit Friedensschluß und dem dadurch einsetzenden freien Handel werde hoffentlich ein Preisabfall eintreten, und dem dadurch eintretenden Abbau der Löhne werde dann gewiß nicht entgegengetreten. Ausgaben für nicht verbundene Anlagen werde man nach Möglichkeit vermeiden müssen.

Stellung: Als 1905 die ersten Sozialdemokraten in die Bürgerschaft eintrugen, hat wohl niemand daran gedacht, daß in anderthalb Jahrzehnten die Sozialdemokratie die Mehrheit in der Bürgerschaft erhalten würde. Auch mit einer Vertretung des weiblichen Geschlechts wurde bei der Gegenüberstellung damals gewiß nicht gerechnet. Daß diese Veränderung eintrat, ist nicht der wachsenden Einwirkung der herrschenden Klasse zu danken. Leider hatten diejenigen, die das Heft in Händen hatten, ihre Machtstellung dazu benützt, um zu verhindern, den berechtigten Ansprüchen der arbeitenden Klassen im weitesten Sinne Rechnung zu tragen. Selbst der kleinste Fortschritt wurde feinerzeit inhibiert, unsere Anträge wurden abgelehnt. Man hat früher den Standpunkt vertreten, daß nicht die Zahl, sondern die Leistung dem Staate gegenüber maßgebend sein müsse. Und ein Dr. Ludvig mußte diesen Standpunkt noch wissenschaftlich begründen. Die Lage hat sich mit einem Schlage verändert, als auch über Lübeck im vorigen Jahre die Novemberkürre brausten. Jetzt handelt es sich darum, dem Aufstiege der Arbeiterklasse den Weg zu ebnen und alle im Wege stehenden Hindernisse hinwegzuräumen. Das muß möglichst beschleunigt werden, weil der Wille des Volkes sein Recht verlangt. Es muß ein Recht geschaffen werden, bei dem es jedem möglich ist, am Ganzen nach seinen Kräften mitzuarbeiten. Es fällt uns nicht leicht, jetzt die Erbschaft des früheren Regiments anzutreten, denn es wurde zu viel geübt. Der Handel und Wandel liegt infolge der falschen Kriegspolitik der früheren Machthaber im Reiche darnieder; die Arbeitslosigkeit ist groß, wir müssen versuchen, ihrer Herr zu werden. Ich hoffe, daß es gelingt, die Arbeitslosigkeit in ausreichendem Maße zu beheben. Das ist nicht nur menschlich wünschenswert, sondern auch das Staatsinteresse erfordert es, sonst ist es nicht ausgeschlossen, daß die invariablen Güter auch hier einsteht. Vor allem müssen wir verhindern, die Ernährungsbedingungen zu überwinden. Was von Lübecks Behörden irgendwie getan werden kann, muß in dieser Beziehung getan werden. Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, daß man letzten Endes die noch fehlenden Lebensmittel vielleicht bekommt. Man muß selbst vorbeugende Maßnahmen treffen. Wir wünschen eine Ausdehnung der Massenverpflegung, das Material hierfür muß bereitgestellt werden, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Der Krieg hat uns ungeheuer viele Menschenleben gekostet, und viele gehen uns infolge der mangelhaften Ernährung noch verloren. Ich bin der Überzeugung, daß mit dem Abbau der Löhne und Gehälter erst begonnen werden kann, wenn in der Tat die Lebensmittelpreise abgebaut werden (Sehr richtig! bei den Soz.), sonst würden wir Raubbau treiben, der sich bitter rächen würde. Dabei möchte ich dem Bunde Aus-

druck geben, daß das Landesverwaltungsamt den Konsumenten mehr als bisher Schutz angedeihen läßt und sich nicht ausschließlich den Interessenten aus dem eigenen Hause Herr geht und dessen Freunde im lübschen Staat möchte ich erlösen, das Land voll zu bebauen und sich nicht von einem Interessentenstandpunkt leiten zu lassen, der nur Erfüllung der eigenen Wünsche ins Auge faßt. Hier darf keine Streitfrage, wie sie vom Bund der Landwirte angeregt wurde, aufkommen; die Interessen der Allgemeinheit und die Lebensnotwendigkeiten des Volkes müssen richtunggebend sein. (Sehr richtig! Haben wir immer getan!) Gemeinsame Arbeit werden wir verrichten müssen. Auch in politischer Beziehung muß alles getan werden, um den Wünschen der großen Masse gerecht zu werden. Dazu gehört in erster Linie die Verfassungsvorlage, deren Arbeiten ja einen guten Verlauf nehmen sollen. Der Bürgerauschuss wird sich ja natürlichens damit beschäftigen. Das Hauptgewicht ist auf schnelle Arbeit zu legen, man darf nicht haltmachen vor dem vollständig demokratischen Gedanken. Ich fordere die Reichsverfassung und das Gebot der Stunde. Aus den Behörden muß der alte Geist verschwinden. (Sehr richtig! bei den Soz.), junges, neues Blut hinzutreten. Es muß an Haupt und Gliedern reformiert werden, nichts davon alten Geistes Befehle darf hingenommen. Dann wird es auch möglich sein, den Herren begreiflich zu machen, die als Leiter von Staatsbetrieben glauben, dem Zuge der Zeit nicht Rechnung zu tragen zu müssen, daß neue Grundgedanken gelten. Wirklich demokratischer und sozialistischer Geist muß überall hinein. Die Arbeitslosigkeit der Beamten und Arbeiter im Staatsbetriebe zu heben, deren Wünsche Rechnung zu tragen und das Interesse aller Bevölkerungskreise an der Staatsgestaltung soll dadurch gewahrt werden. Notwendig ist auch die schleunige Befreiung der Landgemeindenordnung aus dem Jahre 1878. Sie enthält Bestimmungen, die bei Ausübung zur Gemeindeversammlung absolut nicht mehr zeitgemäß sind. Besitzer bis zu 5 Hektar haben jetzt eine Stimme, bis zu 15 2, bis 50 3 und über 50 Hektar 4 Stimmen. Das besteht noch die Klausel, daß die Nichteingesessenen niemals die Mehrheit bekommen können. Das Stimmrecht des Stadt- und Landamtes muß im Ortus verbleiben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die neue Ordnung muß auch den berechtigten Wünschen der Volksmehrheit auf dem Lande gerecht und mit demokratischem Geist durchtränkt werden. Der Redner stellt einen dementsprechenden Antrag. Eine weitere wichtige Frage ist, wie wird sich die Zukunft Lübecks gestalten. In der Nationalversammlung wird die Verfassung für die neue Republik beschlossen. Wir hätten es alle begrüßt, wenn Deutschland ein großes in sich geschlossenes Reich ohne Bundesstaaten werden würde. Da daran vorläufig nicht zu denken ist, haben wir in Lübeck ein Interesse daran, nicht unter die Räder zu kommen. Wir müssen demnach unsere Selbständigkeit bewahren und dahin wirken, ein lebensfähiges selbständiges Staatswesen zu bleiben. (Beifall.) Ich hoffe, daß dieser Gedanke sich in der Nationalversammlung Geltung verschafft, damit wir gern am großen Werk mitarbeiten. Nachdem wir Sozialdemokraten die Mehrheit im Staate haben, will ich Ihnen noch auseinandersetzen, von welchen Gesichtspunkten wir uns bei unserer Tätigkeit leiten lassen. Das Wichtigste ist für die Lebenden und für die Kommenden ein gesundes, starkes Geschlecht. Wir brauchen jeden Menschen und glauben daran, daß Deutschland sich trotz aller Schwierigkeiten wieder emporarbeiten und Lübeck zu seinem Teil dazu beitragen. Der menschlichen Kraft muß weite Wege gebahnt werden, auch der Mutter und dem Kinde muß dieser Schutz zuteil werden. Unsere Politik muß auf ein gesundes Wohnungsverweilen eingestellt werden, in der Stadt sowohl wie auf dem Lande. Wir sind gewiß in dieser Beziehung mancher Großstadt gegenüber im Vorzug, doch haben wir noch genug elende Pöcher, die sobald als möglich verschwinden müssen. Auch in die Gänge muß Luft, Licht und Sonne, damit sich das Lungengewebe daran erfreuen und gedeihen kann. Die Siedlungspolitik muß ausgebaut werden, damit sich Kinder und Erwachsene im Garten draußen erholen können. Ein Versuch ist gemacht, der Wohnungsnote zu steuern; es ist die Frage, ob auch hier stärkere Maßnahmen, wie im 3. Bannbezirk, sich notwendig machen. Die Verwendung von Kasernen für diesen Zweck wäre durchführbar, aber immer kann es sich nur um Provisorien handeln. Jedenfalls muß für jede Familie ein Obdach geschaffen werden, selbst wenn Eingriffe in das Privatrecht notwendig sind. Wohnungen, die über fünf Zimmer umfassen, könnten unter Umständen vom Staat mit herangezogen werden, um Familien dort unterzubringen. Das

Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Bendler.

19. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Wenn er auch ziemlich weit gen Bornheim hinaus sein Garçon-Logis innehatte, so drückte er sich dennoch, von alzu reger Tätigkeit nicht in Anspruch genommen, tagsüber meistens im Mittelpunkt der Stadt herum. Opern, Goethe, Schiller, Hoffmann, die halbe Welt entlang bis zur Hauptpost respektive dem vis-à-vis liegenden „Alter Krotobil“ und wieder zurück zum Opernplatz, mit irgendeiner Raffination unterwegs. — Das war für seine Hände, seine Umweil, in der er sich wohlfühlte.

Wenn schaute er dabei von Zeit zu Zeit ins Opernhaus hinein, um einige oder auch mehrere Worte mit Freund Lehnhard zu wechseln.

So auch eben wieder, ganz besonders aber noch deshalb, weil ein heilloser Schneesturm plötzlich wütete, und das Wetter denjenigen Grad von Schlechtigkeit erreicht hatte, bei dem keiner seinen Hund, wenn er einen hat, hinausjagt.

„Was sage Sie ebbe zu dem Blode, Herr Pafedag? Es will mir vorkommen, als hätte's früher so was gar nicht gewese.“

„Doh!“

„Na, da ware de Blode kleiner, wisse Se.“

„Na ja, man sieht eben, Herr Lehnhard, daß Sie in Ihrem Leben noch nicht in Berlin waren. Da jibt's immer nur sonne trocken, eher noch tröpre.“

„No lüebet gar. Bei Ihne sin se am End wie die Rinnerkopp.“

„Noch tröpre, Herr Lehnhard, noch tröpre. Denken Sie sich die framme Regellugel un Se haben den richt'gen Beiriff.“

„Donner un Doria! — Wie tuis Ihne dann sonst in Frankfurt gefalle? Ware Se schon emal beim Appelpwein drüwe in Sachsehaufe?“

„Nah in de Hand. Aee, damit lang id jar nich erst an, zumal ich noch de Bierdang meine Altersversorgung wer'n soll.“

Dörthe war atemlos, allem Wetter zum Trost, herangeführt. Sie trat in die Tür des Bühneneingangs, die Lehnhard ihr schon geöffnet hatte, und sank erschöpft auf dessen bisherigen Platz neben Pafedag auf der Bank nieder.

„Um Gottes willen, um Gottes willen!“ stöhnte sie, während die beiden Männer sich hemmten, sie vom Schnee, der dicht auf ihrem Wettertragen lagerte, zu befreien.

„Was hat es denn gewese? Is Ihr Fräulein krank?“ fragte erschreckt Herr Lehnhard.

Die Stütze hatte noch immer Luftmangel, gestikulerte nur verneinend mit den Händen und deutete ihre Unfähigkeit zu sprechen an.

„Wolle Se vielleicht den Theaterarzt, soll ich 'm telefonieren?“

„Aber Mann, nu lassen Se sich doch det Mädel erst verschauen, tabelte Pafedag. „Wat nußt denn det allens? Wir seh'n doch, se kann nich.“

„Fräulein, — Frau — Fräulein So — Boresee ist — ist erschollen!“ stieß Dörthe mühsam hervor.

„Donnerwetter!“ schrie Pafedag, fahrlässig werdend, von seinem Sitze in die Höhe.

„Um Gottes willen!“ geterrte Lehnhard.

„Wer hat se erschoffen? Sie sich selbst?“

Die Unheilsbotin zeigte aber schon die ersten Spuren eines nahenden Weintrampfes. Sie schluchzte konvulsisch und sank Lehnhard, der sie stützen wollte, kraftlos in die Arme.

„Herr Pafedag“, ersuchte der den Pantomimisten, „wolle Se nit emal geahnd ans Telephon gehe un den Herrn Doktor Schweitzer, 948, ahnruke, daß er augenblicklich im Auto hierher kommen mücht. Ein Unglück war passiert, m'r bräuchten 'n sofort.“

Pafedag stand bereits am Apparat. Als er gesprochen hatte, lehrte er zu Lehnhard und seine Patientin zurück. Sparr fuhr er auf die immer noch schluchzende ein.

„Na nu mal vernünftig, Fräulein — Kopp hoch! So kommen m'r nich weiter. Wer war bei Ihr Fräulein außer Ihn wie Se wegrannten?“

„Herr — Herr Rohschel.“ Dörthe antwortete es matt. Langsam kam sie jetzt zu sich.

Das Auto mit dem Theaterarzt Doktor Schweitzer fuhr im gleichen Augenblick jetzt außen vor. Mit seinem Erscheinen kam sofort Sistieren in die Behandlung der Sache.

Aufmerksam hörte er dem zu, was man ihm da fragmentarisch berichtete, dann disponierte er kurz, bestimmt:

„Das Mädchen ins Auto, Sie, Herr Sekretär, kommen mit uns, erst mal zusehen, was gefehlen ist.“

Obgleich Dörthe sich heftig weigerte, mit den Herren zu fahren, wurde sie doch ins Auto mehr hineingetragen, als sie ging. Arzt und Sekretär setzten sich zu ihr in das Gefährt, Pafedag vorn auf zum Chauffeur.

Für Herr Lehnhard, als banger Zuschauer, folgte der traurigen Expedition mit Mitleiden.

„Nees, Nees,“ stöhnte er und zog sich dann zurück in seine Loge, wo ihm seine Tochter gerade den Kaffee auftrug. Er beobachtete die anderen nicht.

24

„Kaufbot alle beede.“ berichtete eine halbe Stunde später Pafedag dem Garderobeinspektor des Opernhauses, in dessen Dienststrahl er sich eingehend hatte: „ne Sicherheit ins Ziel, daß der Kohlschel als letzte Tat rausjehret, als wäre er immer bloß Kunstschütze un im Leben nich Kapellmeister jemesen.“

„Traurig Glicht, Herr Pafedag,“ quittierte der Inspektor, recht gleichgültig über die erhaltene Mitteilung. „Aber sage Se, was wolle Se dann von mir?“

„In schwarzen Anzug aus de Theatergarderobe sepmunt leiten,“ entgegnete der Gefragte. „Dazu een Zylinder. Ja habe mir nämlich als juter Freund von Frau Kapellmeister Kohlschel — se hat mir doch feinerzeit hierher empfohlen — ins Bureau unter de Zustimmung ausgeben, ihr die traurige Nachricht als erher vons Theater, als Depescher so jewissermassen, zu bringen un hieße nu in Beiriff, aber die Trauerjasderobe — so wol beist unferrener doch nich.“

Der Garderobeinspektor stellte einiges zum Anprobieren zur Verfügung. Nachdem das Passende gefunden war, machte Pafedag sich auf den Weg in die Bodenheimer Landstraße.

Trotz seiner bed-gewöhnlichen Art — er war ein gutes, mäßig-lebender Mensch.

Wenn er sich erboten hätte, Daniela der erste Heberbringer des Schredlichen, das sie erfahren mußte, zu sein, so geschah das nicht etwa, wie lieber gerade die Trauer in so vielen Fällen dem Tag dazu gibt, aus Sensationsbedürfnis oder gar, um sich an dem Schmerz der Leidtragenden zu weiden, im Gegenteil — nur gut konnte Pafedag die gemeine Gefährdung der großen Menge der Menschen im allgemeinen, wie sie förmlich auf der Baue liegen, um sich Herrentügel zu verschaffen.

25

